



Bundesamt für Bildung und Wissenschaft
Office fédéral de l'éducation et de la science
Ufficio federale dell'educazione e della scienza
Uffizi federal da scolaziun e scienza

Helsinki-Gruppe

FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT

Länderbericht Schweiz

Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft veröffentlicht in seiner "Schriftenreihe BBW" konzeptionelle Arbeiten, Forschungsergebnisse und Berichte zu aktuellen Themen in den Bereichen Bildung und Forschung, die damit einem breiteren Publikum zugänglich gemacht und zur Diskussion gestellt werden sollen.

Die präsentierten Analysen geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft wieder.

Bundesamt für Bildung und Wissenschaft BBW
Office fédéral de l'éducation et de la science OFES
Ufficio federale dell'educazione et della scienza UFES
Uffizi federal da scolaziun et scienza UFSS
Hallwylstrasse 4
3003 Bern

Tel. 031 322 96 86
Fax 031 322 78 54
<http://www.admin.ch/bbw>

© 2004 Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, Bern
ISSN 1424-3342

Helsinki-Gruppe

FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT

Länderbericht Schweiz

Bundesamt für Bildung und Wissenschaft

Irene Rehm

Bern, Juni 2004

Vorwort

Der vorliegende Bericht entstand auf Anregung der *Helsinki-Gruppe*, die von der Europäischen Kommission im November 1999 zur Bearbeitung des Themas *Frauen und Wissenschaft* eingesetzt wurde. Das Mandat der *Helsinki-Gruppe*, die aus Regierungsvertreterinnen und Gleichstellungsexpertinnen aus den EU-Mitgliedstaaten und den assoziierten Ländern besteht, ist die Förderung der Diskussion und des Erfahrungsaustausches über Maßnahmen und Politiken zur Förderung der Beteiligung von Frauen an Wissenschaft und Forschung auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Darüber hinaus hat sie die Aufgabe, nationale geschlechterdifferenzierte Statistiken bereitzustellen und Indikatoren zu entwickeln, um die Beteiligung von Frauen an der europäischen Forschung zu erfassen.

Seit Oktober 2002 ist die Schweiz mit zwei Expertinnen in der *Helsinki-Gruppe* vertreten. Eine dritte Vertreterin der Schweiz (seitens des Bundesamtes für Statistik) ist in die Arbeiten der Untergruppe für Statistikexpertinnen eingebunden.

Der vorliegende Schweizer Bericht reiht sich in die Länderberichte ein, die von den anderen Teilnehmerstaaten der *Helsinki-Gruppe* bereits zu einem früheren Zeitpunkt erstellt wurden. Ein zusammenfassender Bericht *National Policies on Women and Science in Europe* über die einzelnen nationalen Politiken und Massnahmen betreffend Frauen in der Wissenschaft wurde im Rahmen der Forschungseinheit *Women and Science* der EU im März 2002 bereits publiziert. Die Übersicht über die Forschungspolitik und die Massnahmen auf nationaler Ebene im Bereich Frauen und Wissenschaft in der Schweiz ergänzt nicht nur die vorhandenen Darstellungen auf europäischer Ebene, er bietet auch den Leserinnen und Lesern in der Schweiz einen Abriss der heutigen Situation.

Die Schweiz beteiligt sich seit 1992 verstärkt an den Forschungsrahmenprogrammen der Europäischen Union (EU). Mit dem neuen Forschungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU erhielt die Schweiz ab 1. Januar 2004 den Status eines „assozierten Landes“. Die Schweiz kann damit ihre nationale Forschungspolitik vermehrt international abstützen und einbinden. Die Aktivitäten der *Helsinki-Gruppe* liefern den Wissenschaftlerinnen in der Schweiz wichtige Anhaltspunkte und Unterstützung auf dem Weg zur Chancengleichheit bei der Ausbildung und der wissenschaftlichen Arbeit. Trotz grosser Fortschritte in den letzten 20 Jahren ist die Gleichstellung von Frau und Mann im Bereich der Wissenschaft noch nicht erreicht. Frauen und Männer sind auf politischer, institutioneller und persönlicher Ebene weiterhin gefordert, an der Verwirklichung der Chancengleichheit aktiv zu arbeiten.

Für Hinweise und die Unterstützung bei der Erarbeitung des Berichts danke ich allen Kolleginnen und Kollegen innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung.

Bern, Juni 2004

Bundesamt für Bildung und Wissenschaft

Irene Rehmann

Inhalt

1. Die Situation in der Schweiz	7
1.1 Die Rolle der Frauen in der Gesellschaft	7
1.2 Das Schweizerische Bildungssystem	8
1.3 Forschung	9
1.4 Statistik: Frauen in der Wissenschaft	9
1.5 Gleichstellungspolitik in der tertiären Bildung	11
a) Entwicklung an den Universitäten	11
b) Förderungsprogramme auf nationaler Ebene	11
2. Gleichstellungsmassnahmen in der Hochschulbildung und Wissenschaft	12
2.1 Wichtigste Massnahmen	12
a) Bundesprogramm Chancengleichheit an den Universitäten	12
b) Chancengleichheitsprogramm an den Fachhochschulen	13
c) Nachwuchsförderungsprogramm	14
d) Massnahmen des Schweizerischen Nationalfonds	14
2.2 Gender Studies	15
2.3 Graduiertenkollegs	17
2.4 Networking	18
2.5 Monitoring and Evaluation	18
3. Privatwirtschaft	19
4. Zukünftige Entwicklung	19
Literatur	21
Anhang A) Figures	22
Anhang B) National Programmes and Initiatives in the Area of Women and Science in Switzerland	27
Anhang C) Networks in Switzerland	29
Anhang D) Swiss Links	31

1. Die Situation in der Schweiz

Der folgende Bericht enthält eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der Entwicklung der Gleichstellungspolitik im Bereich der Bildung und Forschung in der Schweiz sowie deren heutiger Stand. Er befasst sich mit Politik, Programmen und Massnahmen auf nationaler Ebene. Zur Illustration der Situation sind einige statistische Daten angeführt.

1.1 Die Rolle der Frauen in der Gesellschaft

Im Bereich der politischen Rechte haben die Frauen in der Schweiz erst seit 1971 die Stimm-berechtigung.¹ Mit dem Beschluss des Bundesrates im Jahre 1976, eine Eidg. Kommission für Frauenfragen als ausserparlamentarische Kommission des Bundes einzusetzen, begann auch in der Schweiz ein Prozess, der in anderen Ländern bereits eingesetzt hatte: der Staat nahm den Tatbestand der Diskriminierung von Frauen zur Kenntnis und begann, Massnahmen zur Aufhebung der Diskriminierung zu entwickeln und durchzuführen.

1981 folgte in der Volksabstimmung die Verankerung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverfassung (Artikel 8 Absatz 3). Damit wurde die gesetzliche Grundlage für gleiche Rechte von Frau und Mann geschaffen.² Ende der 80er und im Laufe der 90er Jahre begann man, auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene *Gleichstellungsbüros* zu schaffen: Im Jahre 2003 verfügten der Bund, 17 Kantone und vier Städte über Gleichstellungsstellen.

Frauen haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr Aufgaben und Pflichten im Erwerbsleben und in öffentlichen und politischen Bereichen übernommen. Auch im Bildungs- und Forschungsbereich begann sich ihre Stellung zu verbessern. Seit etwa 10 Jahren werden besondere Anstrengungen unternommen, Frauen an den Universitäten zu fördern.

Noch kann aber nicht von einer wirklich gleichberechtigten Teilhabe der Frauen im Bereich von Lehre und Forschung oder der Forschungspolitik gesprochen werden. Trotz der postulierten und auf juristischer Ebene formell vorgeschriebenen Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist die tatsächliche Gleichstellung noch nicht erreicht.

Die Experten der OECD stellen im Bericht vom März 2003 fest, dass die Schweiz im Tertiärbereich hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann einen beträchtlichen Rückstand aufweist und empfehlen die Umsetzung zusätzlicher Massnahmen. Einige der Massnahmen wurden in der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004-2007 aufgenommen. (siehe Kapitel 2)

In einigen Punkten konnten in den letzten Jahren Fortschritte erzielt werden: An allen Hochschulen sind heute Gleichstellungsbeauftragte aktiv. Auf Bundesebene besteht seit 1988 ein Büro für Gleichstellung von Frau und Mann, das in den letzten Jahren zahlreiche Aktivitäten in verschiedenen Bereichen entwickeln und Massnahmen durchsetzen konnte. Allerdings gibt es keine Gleichstellungsbeauftragte speziell für den Bereich Bildung und Forschung, die die Aktivitäten an den Universitäten und Forschungsinstituten zentral koordinieren würde.

Die Frauen konnten auch Einsitz in Gremien und Kommissionen nehmen. Noch ist dies jedoch nicht überall der Fall und sie sind in der Regel untervertreten. Die Rektoren der zehn kantonalen Universitäten sind Männer. Die Fachhochschulen werden in wenigen Fällen von Frauen geleitet. Der Nationale Forschungsrat des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung wird noch bis Ende 2004 von einer Frau präsidiert. Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat, als beratendes Organ der Regierung, hat seit anfangs 2004 eine Frau als Präsidentin.

¹ Am 7. Februar 1971 wurde die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen auf nationaler Ebene von den stimmberechtigten Männern gutgeheissen.

² 1988 wurde der Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Gleichwertigkeit von Erwerbsarbeit und (Gratis-)Arbeit zugunsten der Familienangehörigen im Eherecht verankert.

1.2 Das Schweizerische Bildungssystem

Ein wichtiges Merkmal der schweizerischen Schullandschaft (Primarstufe und Sekundarstufe I + II) besteht darin, dass sie aus 26 verschiedenen autonomen Schulsystemen besteht und dass es dadurch grosse kantonale Unterschiede gibt.³ Dieser Föderalismus stellte eine gewisse Trägheit bei der Umsetzung der formalen Gleichstellung dar. Eine eigentliche Gleichstellungspolitik für diese Stufen als Empfehlung für alle Kantone wurde von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) im Oktober 1993 verabschiedet. Gegenwärtig laufen auf Bundesebene die Vorbereitungen für die Ausformulierung eines Bildungsrahmenartikels, der unter Einbezug von Empfehlungen der EDK eine gewisse Vereinheitlichung anstrebt und die Förderung der Hochschulen nach einheitlichen Grundsätzen vorsieht.⁴ Dies sollte auch für die Anliegen der Gleichstellung positive Auswirkung haben.

Auch das tertiäre Bildungssystem in der Schweiz wird von föderalistischen Strukturen geprägt. Die Hochschulen in der Schweiz lassen sich in zwei Gruppen einteilen: in zehn Universitäten und die beiden Eidgenössische Technische Hochschulen (ETH) einerseits und in Fachhochschulen sowie pädagogische Hochschulen andererseits.

Der Bund ist für die ETH (mit ihren Annexanstalten) und für die Fachhochschulen in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Gestaltung zuständig. Die Kantone sind für die Universitäten und einen Teil der Fachhochschulen zuständig. Die kantonalen Universitäten werden mit Bundesgeldern unterstützt, sind aber weitgehend autonom. So bestehen in der Schweiz im Grunde drei verschieden gesteuerte und finanzierte Hochschulsysteme. Die im Bericht aufgezählten Massnahmen im Bereich Chancengleichheit und Geschlechterstudien werden deshalb nach Universitäten und Fachhochschulen unterschieden.

Ein weiteres Merkmal des tertiären Bildungssystems in der Schweiz liegt darin, dass der Frauenanteil bei den Studierenden nur sehr langsam steigt, obschon die Schweiz einmal Pionierin in Sachen Frauenstudium war – 1876 hatte die Universität Zürich als erste europäische Hochschule neben Paris eine russische Medizinstudentin zum ordentlichen Studium zugelassen. Anfangs der 70er Jahre betrug der Studentinnenanteil lediglich 25 %.⁵ In den letzten 25 Jahren konnten jedoch die Frauen im Bereich der Tertiärausbildungen und besonders an den Universitäten stark aufholen. Fachspezifische Unterschiede bleiben aber bestehen. (siehe Kapitel 1.4)

Wichtige Institutionen der Bildungspolitik:

Für die Koordination der schweizerischen Universitätspolitik besteht eine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen, die von der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) gewährleistet wird. Sie ist in den gesetzlich festgelegten Bereichen für die Universitätspolitik auf gesamtschweizerischer Ebene zuständig. Die Rektorenkonferenz (CRUS) nimmt Stellung zu Themen, die in der SUK entschieden werden (beispielsweise die Umsetzung der Reformen im Bologna-Prozess).⁶ Den Bereich der Fachhochschulen regelt der Bund direkt aufgrund des 1995 verabschiedeten Bundesgesetzes über die Fachhochschulen und über den Fachhochschulrat.

³ Artikel 19 und Artikel 62 der schweizerischen Bundesverfassung halten den Anspruch auf „ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht“ fest. Für dessen Gewährleistung sind die Kantone zuständig. Ein explizites Recht auf Bildung ist in der Bundesverfassung nicht festgehalten. (CEDAW-Bericht, Dez. 2001:62)

⁴ Einheitliche Regelung hinsichtlich der Dauer der Bildungsgänge, Übergänge, Anerkennung von Abschlüssen; Pflicht zur Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund; Einsetzen von qualitätssichernden Mechanismen; einheitliche Grundsätze bei der Bundesförderung der Hochschulen (Eidg. Technische Hochschulen, Universitäten und Fachhochschulen); Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes für die Weiterbildung.

⁵ Dies eine Quote, die bereits 1906 einmal erreicht war, als die Schweiz ein beliebter Studienort für Ausländerinnen war.

⁶ Detaillierte Angaben siehe OECD Tertiary Education in Switzerland, 2003:44

Unter der Bezeichnung „Hochschullandschaft Schweiz 2008“ haben Bund und Kantone 2003 ein Projekt lanciert, das auf eine Reform des schweizerischen Hochschulsystems hinzielt. Es überprüft insbesondere Fragen der rechtlichen Grundlagen, des Steuerungs- und Finanzierungssystems. Im Zentrum steht ein einheitliches Universitätsgesetz, das sämtliche Hochschultypen umfasst und deren Aufgaben und Ziele umschreibt.

1.3 Forschung

Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) ist das wichtigste Instrument des Bundes zur Förderung der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Er unterstützt wissenschaftliche Forschungsarbeiten an schweizerischen Hochschulen und unabhängigen Forschungsinstituten. Im Zentrum der Fördertätigkeit steht die Finanzierung von qualitativ hochstehenden Einzelprojekten im Bereich der thematisch nicht-orientierten Grundlagenforschung. Stipendien für angehende und fortgeschrittene Forschende sowie Austauschprogramme mit verschiedenen Partnerländern dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Im Auftrag von Bundesrat und Parlament führt der SNF die Nationalen Forschungsprogramme (NFP) und das Programm „Nationalen Forschungsschwerpunkte“ (NFS) durch.

Mit den NFP werden Forschungsvorhaben gefördert, die einen aktuellen Fragenkomplex von nationaler Bedeutung betreffen und geeignet sind, innert nützlicher Frist einen wissenschaftlich fundierten und innovativen Beitrag zur Lösung dringender gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Probleme zu liefern. Mit der Förderung von Nationalen Forschungsschwerpunkten soll die nachhaltige Etablierung von Kompetenzzentren und von diesen unterhaltenen Netzwerken sicher gestellt werden, mit dem Ziel, die schweizerische Forschung in für die Schweiz strategisch wichtigen Forschungsbereichen zu stärken. Drei Hauptaspekte prägen die NFS: exzellente und international sichtbare Forschung, Wissens- und Technologietransfer sowie Ausbildung und Frauenförderung. Im Rahmen des im 2004 laufenden Auswahlverfahrens für zusätzliche NFS (Beginn 2005) wurde eine Projektskizze im Bereich der Gender Studies eingereicht.

Der Schweizerische Nationalfonds konnte in den letzten Jahren seine Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Wissenschaften ausbauen. Chancengleichheit von Mann und Frau und die verbesserten Karrierechancen von Frauen in der Wissenschaft sind Postulate, unter denen der SNF nicht nur all seine Fördermassnahmen, sondern auch die internen Entscheidungsverfahren systematisch und kontinuierlich überprüft und verbessert. Der SNF ist in der Regel bei der Vergabe von Forschungsförderungsmitteln weder Arbeitgeber von Forschenden noch unterhält er eigene Institute. Die Förderung der Chancengleichheit ist deshalb eng mit der Situation der jeweiligen Institutionen, an denen die Forschungsarbeit erbracht wird, verknüpft. Der SNF hat in den letzten Jahren Massnahmen eingeführt, die die adäquate Behandlung bei der Vergabe von Forschungsprojekten optimieren und die Förderung von Wissenschaftlerinnen wie auch von Geschlechterforschung neu überblickt. (siehe Kapitel 2.1 d)

Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) ist die Agentur des Bundes für die Förderung der anwendungsorientierten, wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung. Die KTI tätigt keine direkte Personalförderung, sondern fördert die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien indem sie dynamische Unternehmen mit Forschenden an den Hochschulen verbindet. Die Förderung der Chancengleichheit hängt also von den jeweiligen Partnern ab.

1.4 Statistik: Frauen in der Wissenschaft

Allgemein konnte sich die geschlechtersegregierte Datenerhebung in den letzten Jahren in manchen Bereichen durchsetzen. In einigen Bereichen der Forschung sowie bei der Erfas-

sung von Zahlen in der Privatwirtschaft besteht noch ein Nachholbedarf. Die vorhandene Statistik zeigt, dass der Anteil der Frauen in Bildung und Forschung angewachsen ist, dass sie jedoch immer noch stark untervertreten sind.

1980 betrug die *Hochschuleintrittsquote* (Studienanfängerinnen und -anfänger in Prozent der 21-jährigen ständigen Wohnbevölkerung) 15 % bei den Männern, aber nur 10% bei den Frauen. 1999 war die Hochschuleintrittsquote für beide Geschlechter praktisch gleich gross (18.7 % bei den Frauen gegenüber 19.6% bei den Männern).

Von den jungen Frauen haben 1999 8% ein Studium abgeschlossen, während die *Abschlussquote* der Männer (Anteil der Lizentiate/Diplome, welche an Studierende verliehen wurden, im Verhältnis zur 27-jährigen Wohnbevölkerung) immer noch deutlich höher liegt (10.8%). Immerhin haben die Frauen seit 1990 einigen Rückstand wettgemacht. Damals lag ihre Abschlussquote bei 4.6%. Im Jahre 2002 betrug sie 8.9 % (siehe Anhang A, Grafik 1). Bemerkenswert ist auch, dass seit 1994 mehr junge Frauen als Männer eine Matura (Studienreifeprüfung) abschliessen: 2002 betrug der Frauenanteil 56% (siehe Anhang A, Grafik 2).

Der *Anteil der Studentinnen* erhöhte sich zwischen 1980 und 2002 an den Universitäten um 15 Prozentpunkte (von rund 32% auf 47 %) und der Anteil der Frauen mit Universitätsabschluss von rund 26 % auf 45 %. In den letzten Jahrzehnten haben Frauen im Bereich der tertiären Bildung also kräftig aufgeholt. Dazu beigetragen haben auch die neuen Förderprogramme: Im Jahre 1996 waren an den kantonalen Universitäten die Frauen wie folgt vertreten: 43 % der Studierenden, 26 % des Assistenzpersonals und 6 % der Lehrkräfte. Im Jahre 2000 zum Zeitpunkt der Lancierung des Förderprogramms „Chancengleichheit“ (siehe Kapitel 2.1), lagen die entsprechenden Anteile bei 45 %, 34 % und 7 %. Mit dem Programm soll der *Frauenanteil unter den Professoren* bis 2006 auf 14 % verdoppelt und der weibliche akademische Nachwuchs durch die Unterstützung der Karrieren von Frauen gefördert werden. Im Jahre 2002 konnte aufgrund der Statistik eine Erhöhung des Frauenanteils festgestellt werden: 47.4 % der Studierenden, 45.1 % des Assistenzpersonals und 9.2 % der Lehrkräfte.

Auffallend ist nach wie vor, dass in den Geistes- und Sozialwissenschaften wie auch im Recht der Anteil der Studentinnen denjenigen der Studenten übersteigt, jedoch bei den Doktorierenden wesentlich abfällt und schliesslich nur einen geringen Teil bei den Lehrkräften ausmacht (siehe Anhang A, Grafik 3).

Die geschlechtsspezifische Verteilung auf *Studiengänge* ist zur Zeit nach wie vor sehr markant. Frauen sind zwar in den Lebenswissenschaften, in der Medizin oder in der Pharmazie sehr gut vertreten. Ihre Präsenz in der Physik, Informatik und in den traditionellen Ingenieurfächern, Elektrotechnik und Maschinenbau bleibt aber marginal. Dies trifft auch für die Wirtschaftswissenschaften zu. Für alle Fachbereiche reduziert sich der Anteil der Frauen bei den Lehrkräften an den Hochschulen markant (siehe Anhang A, Grafik 4).

Hinsichtlich des Anteils der Frauen in führenden Positionen in Bildungsinstitutionen und Kommissionen, Forschungsförderungs- und Forschungsinstitutionen gibt es keine statistischen Angaben. Die Frauen sind jedoch in der Minderheit, wenn sie überhaupt vertreten sind. Im Forschungsrat des SNF wurde eine Präferenzregelung für Frauen bei gleicher Qualifikation erlassen (siehe Kapitel 2.1 d).

Der Anteil der Frauen beim F+E Personal im Vergleich von 1996 und 2000 zeigt ein leichtes Ansteigen des Frauenanteils. Dieser ist jedoch immer noch sehr klein. Bei den Hochschulen liegt er 2000 bei 35.6 %, in der Privatwirtschaft bei 19.8 %. (Siehe Anhang A, Grafik 5a) und 5b)). Der Anteil des eigentlichen Forschungspersonals liegt noch tiefer bei 26.6 % an den Hochschulen und 16.5 % in der Privatwirtschaft. Die Forscherinnen sind primär in den Bereichen Nahrungsmittel, Forschungslabor, Pharmazie und Chemie tätig (siehe Anhang A, Grafik 6). Öfters als Männer sind Frauen im Forschungsbereich beim technischen und administrativen Personal vertreten (siehe Anhang A, Grafik 7).

1.5 Gleichstellungspolitik in der tertiären Bildung

In der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2000-2003 wurde das Thema Chancengleichheit erstmals explizit in das Mehrjahresprogramm der nationalen Förderungsmassnahmen aufgenommen. Mittel wurden dafür bereit gestellt. Dies ist erneut in der Botschaft 2004-2007 der Fall. Es ist geplant, in Ergänzung zu den Massnahmen im Bereich der Gleichstellungspolitik auch solche zur Institutionalisierung von Gender Studies zu ergreifen. Die definitive Entscheidung dazu obliegt der Schweizerischen Universitätskonferenz.

a) Entwicklung an den Universitäten

Die Universitäten in der Schweiz geniessen eine grosse Autonomie. Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann liegen in deren Kompetenz. Der Bund hat indirekte Steuerungsmöglichkeiten beispielsweise über die projektgebundenen Beiträge⁷.

Nach 1990 haben einzelne Universitäten – basierend auf dem einleitend erwähnten Gleichstellungsgesetz von 1981 - begonnen die Bemühungen um Gleichstellung zu institutionalisieren und die Gesetze und Reglemente entsprechend zu ändern. An der Universität Genf wurden 1991 erstmals Zielvorgaben für die Erhöhung des Frauenanteils im Lehrkörper sowie ein Beschwerderecht für abgewiesene Lehrstuhl-Kandidatinnen im Universitätsgesetz verankert. Eine Frauenbeauftragte wurde ernannt und ein Frauenstudienprogramm entwickelt. Die Universität Basel hat 1990 mit den Leitlinien für die Chancengleichheit das Ziel gesetzt, bis im Jahr 2005 den Frauenanteil auf allen Ebenen auf 25 % zu erhöhen. An der Universität Bern wurde 1991 eine Abteilung für Frauenförderung eingerichtet, die mit der Erarbeitung von Gleichstellungsmassnahmen, Beratungsaufgaben sowie der Förderung der Frauenforschung beauftragt ist und ein verbindliches „Reglement für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ erarbeitet hat. Auch an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen und allen anderen Universitäten arbeiten spätestens seit 2001 Frauenbeauftragte. Daneben existieren ehrenamtlich tätige Frauenkommissionen.

Auf Initiative der Universität Bern wurde 1992 die Konferenz der Frauenbeauftragten an Schweizer Hochschulen (KOFRAH/CODEFUHES) ins Leben gerufen. Sie dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch der Beauftragten und nimmt Stellung zur nationalen Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Sie setzt sich für nationale Programme und eine gesamtschweizerische Politik der Frauen- und Gleichstellungsförderung in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik ein und engagiert sich für die Förderung und Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterstudien. Heute ist die KOFRAH als Ansprechpartnerin im Bereich der Gleichstellung und der Bildungspolitik national und international akzeptiert. Sie war massgeblich an der Initiierung und Ausgestaltung des Programms Chancengleichheit (Kapitel 2) beteiligt. Die KOFRAH hat das Ziel, auch in Zukunft darauf hinzuwirken, dass die einzelnen Gleichstellungsbeauftragten nicht nur einen vielfältigen Pflichtenkatalog haben, sondern auch mit entsprechenden Rechten ausgestattet sind.

b) Förderungsprogramme auf nationaler Ebene

Auf Bundesebene wurden anfangs der 90er Jahre zwei Programme zur Frauenförderung im Hochschulbereich lanciert: Die akademische Nachwuchsförderung (mit Frauenquote von 33%) als Sondermassnahmen des Bundes (Kap. 2.1 c) und Stipendien für Wiedereinsteigerinnen in der Medizin und in den Naturwissenschaften des SNF (siehe Kapitel 2.1 d).

Mitte der 90er Jahre liessen die konjunkturbedingten Budgetkürzungen bei den Kantonen und beim Bund die begonnene Entwicklung stagnieren. Doch im November 1999 verabschiedete die Schweizer Regierung verschiedene Gesetze und Kredite zur Verstärkung der beste-

⁷ Mit diesem Förderungsinstrument werden gemeinsame Anliegen von gesamtschweizerischer Bedeutung unterstützt.

henden Förderinstrumente im Bildungs- und Forschungsbereich. (Kap. 2). Ziel dieser und weiterer Massnahmen war es, den wissenschaftlichen Beitrag der Frauen zu würdigen und ihm, gemäss des von der Weltfrauenkonferenz von Beijing festgelegten Rahmens, den ihm gebührenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellenwert zuzuerkennen.

* * *

Für die Eidg. Technischen Hochschulen (ETH) wurde bereits im Leistungsauftrag 2000-2003 die Förderung der Chancengleichheit als eines der wissenschaftspolitischen Ziele verankert. Auch im neuen Leistungsauftrag für die Jahre 2004-2007 wird festgehalten, dass Chancengleichheit auf allen Stufen und in allen Prozessen, insbesondere in die Führungsprozesse der ETH integriert wird.

2. Gleichstellungsmassnahmen in der Hochschulbildung und Wissenschaft

2.1 Wichtigste Massnahmen

a) Bundesprogramm Chancengleichheit an den Universitäten

Im Universitätsförderungsgesetz von 1999 wurde mit den projektgebundenen Beiträgen eine neue Beitragsart eingeführt, um gemeinsame Anliegen der Kantone und des Bundes von gesamtschweizerischer Bedeutung zu unterstützen. Die dafür bereitgestellten Mittel werden neben einer Basisausstattung grundsätzlich im Wettbewerb vergeben. Die Auswahl der Projekte erfolgt durch die Universitätskonferenz. Im Jahre 2000 konnte das Bundesprogramm „Chancengleichheit von Frau und Mann an den Universitäten“ gestartet werden, das Ende 2003 eine erste vierjährige Programmrunde abschliessen konnte und mit dem Jahr 2004 in die zweite Periode getreten ist. Es nimmt im Rahmen bisheriger Politik zur Chancengleichheit an den Hochschulen eine besondere Stellung ein, denn es handelt sich um ein Programm koordinierter Massnahmenmodule mit übergreifender Zielsetzung, das gesamtschweizerisch konzipiert ist. Es gehört bisher zu den wichtigsten Massnahmen im Bereich Gleichstellungsarbeit an den Universitäten. Die erzielten Resultate des Programms, das drei Module⁸ umfasst und mit 16 Millionen Franken dotiert war, sind im Evaluationsbericht positiv bewertet worden. Die Gleichstellungsarbeit konnte an allen Universitäten institutionalisiert werden. Hatten zu Beginn des Programms nur vier Universitäten eine Fachstelle für Gleichstellung, so verfügen am Ende des Jahres 2002 alle Universitäten über eine solche Fachstelle. Insgesamt wurden 43 Projekte bewilligt, die eine breite Palette von Massnahmen im Bereich der Chancengleichheit umsetzen. Dazu gehören Mentoringprojekte, die vom klassischen Eins-zu-Eins-Mentoring über Peer-Mentoring bis zu Kursen und Vorlesungsreihen zur Sensibilisierung im Gender-Bereich sowie Informationstagen für Gymnasiastinnen reichen. An jeder Universität wurden die Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf- und ausgebaut.

Ziel des Bundesprogramms Chancengleichheit ist die Verdoppelung des Professorinnenanteils von 7% (Stand 1998) auf 14 % bis zum Jahr 2006. Die Statistik zeigt, dass bisher in jedem akademischen Jahr mehr Professuren durch Frauen besetzt werden konnten als im Durchschnitt Frauen habilitieren. Im akademischen Jahr 1999/2000 fielen 27 % der Neuberufungen auf Frauen, 2000/01 sank der Anteil neuangestellte Professorinnen auf 14 % und

⁸ a) Anreize zur Anstellung von Frauen als Professorinnen, b) Mentoring und c) Unterstützung von Betreuungsstrukturen für Kinder.

2001/02 stieg er auf 17 %. Die 2002 erstmals durchgeführte Erhebung des Gesamtbestandes an ordentlichen und ausserordentlichen Professorinnen im Rahmen des Bundesprogramms zeigte, dass Ende August 2002 bereits 9.2 % Frauen eine Professur inne hatten. Damit liegt die Schweiz im internationalen Vergleich aber noch immer unter dem Durchschnitt der OECD-Länder (10%). Es bedarf also noch vermehrt gezielter Anstrengungen, um den Anteil an Professorinnen an schweizerischen Universitäten substanziell zu erhöhen.

Die Evaluation der ersten Phase hat gezeigt, dass die Strategien der Implementation der drei Themenfelder erfolgreich waren und von ihnen wichtige Impulse und Neuerungen (Gleichstellungscontrolling aufgrund der Berufungsanteile und Professorinnenanteile) ausgingen. Sie gibt aber auch Empfehlungen: Neue Anreizprämien zu entwickeln, um den unterschiedlichen Frauenanteil in den Fachbereichen Rechnung zu tragen. Im Bereich des Mentoring sind Ziele, Zielgruppen und Wissenstransfer zu optimieren. Gleichzeitig werden auch die bildungspolitischen Institutionen aufgefordert, Nachwuchsförderung und Gleichstellung besser zu koordinieren.

Für die zweite Phase (2004-2007) steht dem Programm Chancengleichheit derselbe Betrag von 16 Millionen Schweizer Franken zur Verfügung, allerdings mit der Option von Kürzungen in den Jahren 2006 und 2007. Das Programm soll – auch auf Wunsch der Universitäten – in der bestehenden Form weiter geführt werden. Neben der Verdoppelung des Professorinnenanteils auf 14 % bis 2006 ist generell der Frauenanteil auf allen hierarchischen Ebenen zu erhöhen. Die Zusammenarbeit unter den Universitäten für Massnahmen im Bereich Chancengleichheit soll noch intensiviert werden. Die Aspekte Transfer und Nachhaltigkeit sollen bei der Bewilligung von Projekte besonders berücksichtigt werden.

b) Chancengleichheitsprogramm an den Fachhochschulen

Ebenfalls auf Bundesebene wurden die Gleichstellungsmassnahmen der aus den Technischen- und Spezialschulen entstandenen Fachhochschulen (FHS) geregelt, die seit 1996 neu und analog zu solchen Lehranstalten in anderen europäischen Ländern auch Hochschulstatus haben. Die Grundlagen für die Gleichstellung wurden in der eidgenössischen Fachhochschulverordnung unten den Zielvorgaben für die Aufbauphase (1996-2003) geregelt. Der 1999 in Kraft getretene Aktionsplan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern an den FHS entwickelt Perspektiven zur Realisierung dieses Ziels. Die konkrete Umsetzung des Ziels der Gleichstellung ist Sache der Trägerschaft der einzelnen FHS und wird in den jeweiligen kantonalen FHS-Gesetzen geregelt.

Um für die Lösungen der vielfältigen Aufgaben Synergien zu schaffen und zu nutzen, haben die Beauftragten für Chancengleichheit und an Genderprojekten Beteiligte zwei Gremien gebildet: die Fachkommission für Chancengleichheit und den Verein Chancengleichheit, welcher sämtliche an den Fachhochschulen in der Gleichstellung tätigen Personen umfasst. Die Fachkommission nimmt mit eigenen Positionspapieren Stellung zu politischen Vorlagen und erarbeitet einheitliche, überprüfbare Gleichstellungsstandards an den Fachhochschulen.

Für die Förderung der Gleichstellung wurde den Fachhochschulen ein Bundeskredit von 10 Millionen Schweizer Franken gesprochen. Besonders in den Studienbereichen Technik, Informatik und Wirtschaft sollen mit gezielten Projekten günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden, die hinsichtlich eines Fachhochschulstudiums motivierend auf Frauen wirken. Ebenso wurden Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Lehr- und Forschungspersonal und Studierende geschaffen. Aufgrund der mehrheitlich technisch und wirtschaftlich orientierten Fächer im Angebot der Fachhochschulen ist es wichtig, junge Frauen für ein Fachhochschulstudium mittels Info- und Technikschnuppertage zu motivieren und zu gewinnen.

In relativ kurzer Zeit konnten Kompetenzen im Bereich Chancengleichheit aufgebaut und zahlreiche Projekte lanciert werden. Die Integration der Gleichstellungsaspekte in die Gesamtstrategie ist zur Zeit jedoch noch nicht gesichert. Diese anzustreben wird auch die Aufgabe der kommenden Aktivitäten sein.

Für 2004-2007 ist im Rahmen der Fachhochschulen eine Fortsetzung des Programms Chancengleichheit geplant (10 Millionen Schweizer Franken). Die Fachhochschulen sowie die Eidg. Technischen Hochschulen können sich - jedoch mit eigenen Mitteln - an den Chancengleichheitsprojekten der Universitäten beteiligen.

c) Nachwuchsförderungsprogramm

Das Nachwuchsförderungsprogramm läuft in modifizierter Form seit 1992 und noch bis Ende 2004. Trotz wechselnder rechtlicher Grundlagen ist es im Wesentlichen und auch explizit ein einheitliches Programm.

Seit Oktober 2000 und bis zum Ende des akademischen Jahres 2003/04 läuft die dritte Phase dieses Programms, wofür der Bund insgesamt rund 58 Mio. Franken zur Verfügung stellt. Damit können an den kantonalen Universitäten jährlich rund 125 - 150 Oberassistentenstellen und Assistenzprofessuren grundsätzlich voll aus Bundesmitteln finanziert werden.

Gegenüber den beiden ersten Programmphasen (1992 bis 1996 und 1996/97 bis 1999/2000) sind in der dritten einige Neuerungen eingeführt worden. Die Förderung zielt ausschliesslich auf den oberen Mittelbau (Assistenzprofessuren und Oberassistentenstellen). Die Frauenquote wurde von 33 % auf 40% erhöht (bezogen auf Stellenäquivalente). Es standen auch leicht weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, da seit 2000 seitens des Schweizerischen Nationalfonds die Förderprofessuren schrittweise ausgebaut wurden (vgl. Anhang B). Das Programm ist ein Beispiel einer erfolgreichen Massnahme zur Förderung der Frauen. Es wird allerdings Ende 2004 reduziert und mit demjenigen der Förderprofessuren des SNF zusammengelegt.

d) Massnahmen des Schweizerischen Nationalfonds

Im Februar 2001 stellte die Groupe de Réflexion, welche sich aus internen und externen Mitgliedern des SNF zusammensetzte, den Schlussbericht betreffend das Mandat „Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft und zur Förderung von Gender Studies“ („GRIPS Gender“) vor. Der Bericht sammelt wichtige Daten zur Situation der Forscherinnen und gibt Empfehlungen. Die Ergebnisse wurden im Nationalen Forschungsrat diskutiert und eine Reihe von Massnahmen wurde beschlossen. Im selben Jahr wurde die Gleichstellungskommission des SNF als beratendes Gremium des Forschungsrates eingesetzt. Zusätzlich wurde die Stelle „Gleichstellungsbeauftragte Forschungsförderung“ geschaffen und besetzt. Mit Unterstützung der SNF-Gleichstellungskommission konnte das Gender-Mainstreaming als Organisations- und Entscheidungsprinzip im Mehrjahresprogramm 2004-2007 und in den SNF Jahreszielen verankert werden. Gleichzeitig werden Massnahmen ergriffen, um die Transparenz bezüglich der Geschlechterproblematik bei der Vergabe von Forschungsmitteln und Beiträgen zu erhöhen.⁹

Der SNF gewährt mittels differenzierter Programme Unterstützungsbeiträge an Forschende. In den letzten vier Jahren wurden bestehende Massnahmen weitergeführt und z.T. ausgebaut (Siehe auch ANHANG B.): Doktorandenstipendien, Forschungsprofessuren, Beteiligung auch der Geistes- und Sozialwissenschaften am Marie-Heim-Vögtlin-Programm. Im Bereich der Grundlagenforschung wurde ein Ausführungsplan „Equality Plan“ erarbeitet, der in Anlehnung an die Massnahmen bei den Forschungsprogrammen der Europäischen Union die Evaluationskategorie „Unterstützung und Förderung von Wissenschaftlerinnen“ als ein Kriterium in den Projektgesuchen und der Evaluation der Projektanträge anführt.

Mit dem neuen Wahlreglement für den Forschungsrat wurde 2003 eine Präferenzregel für die Bevorzugung von Frauen bei gleichwertiger Bewerbung eingeführt. Damit wird eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern und erhöhte Genderkompetenz in diesem Ent-

⁹ Ziel des SNF hinsichtlich der von ihm finanzierten Forschenden: Frauen und Männer sollen unabhängig von ihrem Zivilstand die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere erleichtert werden. (bezahlter Mutterschaftsurlaub, Anerkennung von Teilzeitarbeit, Stipendiensätze, Anerkennung von Betreuungspflichten als Grund für Karriereverzögerungen und eingeschränkte Mobilität).

scheidungs-gremium angestrebt. Bis zu dessen Erfüllung erhalten Frauen im Falle gleichwertiger Bewerbungen auf allen Stufen des Wahlverfahrens den Vorzug. Für die Überprüfung der Einhaltung der Regel wurden interne Verfahren und Richtlinien ausgearbeitet.

Programm für Wiedereinsteigerinnen¹⁰

Neben den bereits erwähnten Förderprogrammen mit Unterstützungsbeiträgen sei hier das Marie-Heim-Vögtlin-Programm (MHV) besonders erwähnt: Die Stipendien gelangen an gut qualifizierte Wissenschaftlerinnen, deren Karrieren meist aufgrund familiärer Umstände verzögert sind. Damit soll ihnen die Möglichkeit für die Wiederaufnahme der Forschungsarbeit und für eine weitere wissenschaftliche Laufbahn offen stehen. Die Beiträge sind für die Durchführung einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit einzusetzen und sollen ebenso die Integration der Beitragsempfängerin an einem Universitäts/Hochschulinstitut fördern. MHV-Beiträge werden in der Regel für 24 Monate vergeben und können bei besonderen Umständen maximal um weitere 24 Monate verlängert werden. Die Beiträge richten sich sowohl an Doktorandinnen wie Postdoktorandinnen. Über das Programm wird auch ein elektronisches Networking angeboten, das den Forscherinnen den wissenschaftlichen und institutionellen Austausch erleichtert und einen effizienten Einstieg erlaubt. Der SNF sorgt auch dafür, dass die Stellen an den Universitäten in Projekte und Abläufe eingebunden sind. Das anfänglich für die Naturwissenschaften und die Medizin gültige Programm wurde 2003 im Bereich der Doktorandenförderung auf die Geistes- und Sozialwissenschaften ausgedehnt.

Bei der Personenförderung wurden 2001 die Alterslimiten¹¹ für Frauen aufgehoben (versuchsweise bis Ende 2005). Fehlende Mobilität oder nicht gradlinige Karriereverläufe sollen kein Hinderungsgrund für Fördermittel sein. Bei der Förderungsprofessuren konnte die Zielquote 30 % Frauen seit 2002/03 erreicht, ja übertroffen werden.

Bei allen Förderungsstipendien wie die Postdoktorandenförderung, die Förderung des akademischen Nachwuchses (oberer Mittelbau) wird eine Frauenquote von 40 % angestrebt, bei der Förderprofessur eine Frauenquote von 30 %. Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften soll der SNF hochbegabten jungen Menschen zusätzliche Doktorandenstipendien (mit einer durchschnittlichen Dauer von 3 Jahren) bei einer angestrebten Frauenquote von 40 % vergeben können.

2.2 Gender Studies

Ende 80er anfangs 90er Jahre wuchs an den Schweizer Hochschulen das Bewusstsein, dass Geschlechterforschung für eine zeitgenössische Vermittlung von Wissen und für die Forschung eine wichtige Rolle spielt. Verglichen mit anderen Ländern, z.B. Deutschland, wo Professuren und Stipendien mit Schwerpunkt Frauenforschung, spezielle Graduiertenkollegs und Doktorandinnenprogramme eingerichtet wurden, bestand an den Schweizer Universitäten und Forschungsförderungseinrichtungen ein grosser Nachholbedarf. Schon seit den 80er Jahre setzt sich unter anderen der Verein Feministische Wissenschaft¹² für die Förderung

¹⁰ Marie-Heim-Vögtlin-Programm (MHV) ist ein Forschungsstipendium und in diesem Sinne ein Unterstützungsbeitrag. Stipendien für die Studienzeit werden von den Kantonen gesprochen. Der Bund beteiligt sich mit etwa einem Drittel an den Ausgaben von 270 Mio. jährlich. Aufgrund der Neugestaltung der finanziellen Verteilung wird der Anteil des Bundes voraussichtlich in ein paar Jahren stark zurück gehen, jedoch Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der Ausbildungsbeihilfen formulieren. Bei der Festlegung der Kriterien und der Höhe der Stipendien sind die Kantone bisher prinzipiell frei. Der Bund hat jedoch Stipendienminima und -maxima festgelegt.

¹¹ Angehende Forschende dürfen bei Beginn des Stipendiums nicht älter als 33jährig, fortgeschrittene Forschende nicht älter als 35jährig sein

¹² Bereits seit anfangs der 80er Jahre ist der Verein Feministische Wissenschaft Schweiz aktiv in der persönlichen Vernetzung und gegenseitigen Unterstützung von Frauen im wissenschaftlichen Bereich. Er entstand im Zuge der neuen Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre in der Schweiz. Er versteht sich als Forum für eine

und Institutionalisierung von feministischer Forschung in der Schweiz ein. Dank der Initiative engagierter Studentinnen, Assistentinnen sowie einiger Dozentinnen fanden nach und nach vermehrt auch Themen der Frauen- und Geschlechterforschung Eingang in universitäre Lehrveranstaltungen.

Ein erster Schritt in Sachen Frauenforschung wurde mit dem 1993 angelaufenen Nationalen Forschungsprogramm (NFP 35) „Frauen in Recht und Gesellschaft – Wege zur Gleichstellung“ mit Mitteln in der Höhe von 6 Millionen Franken unternommen.¹³ Das Ziel des Programms war die Bereitstellung und Ergänzung wissenschaftlicher Grundlagen für die Erarbeitung adäquater Strategien zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Die 24 Projekte des Programms zielten auf praktisch-politische Umsetzung (Datenbasis, systematische Reflexion, theoretische Grundlagen, Identifizierung von Hindernissen und Analyse von Widerständen) und hatten auch einen innerwissenschaftlichen Anspruch. Das Nationale Forschungsprogramm gab der in der Schweiz marginalisierten Geschlechterforschung wichtige Impulse. 1996 begann das Bundesamt für Statistik (BFS) auch auf Initiative der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen eine Reihe von Indikatoren bezüglich der Beziehung der Geschlechter in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen zu erfassen.¹⁴ Der Erarbeitung interdisziplinärer Wissensgrundlagen kam grosse Bedeutung zu. Noch war jedoch der Einzug von Gender Studies an die Universitäten nicht selbstverständlich. 1997 folgte mit der Studie „Frauen- und Genderforschung in der Schweiz. Nach 25 Jahren am Nullpunkt angelangt“ quasi ein Aufschrei.¹⁵ Seitdem hat sich jedoch einiges getan. Das beharrliche Engagement einzelner Personen und Institute sowie der Vormarsch interdisziplinär angelegter Gender Studies in anderen Ländern, ermöglichte schliesslich an vielen Universitäten in der Schweiz die Einrichtung von Geschlechterforschung.¹⁶

Im Sommer 2001 richtete die Universität Basel mit einer neu geschaffenen Professur das Zentrum Gender Studies zur gesamtuniversitären Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung ein. Seit Sommer 2002 kann Gender Studies als Nebenfach an der Philosophisch-historischen Fakultät studiert werden, und ab 2005 wird dieser Studiengang voraussichtlich auch als Bachelor und Master angeboten werden. Gender Studies werden seit dem Wintersemester 2003/04 auch als „Querschnittsprogramm im freien Kreditpunktbereich“ angeboten.

An der Universität Zürich ist eine eigene Gender Studies-Professur noch in Diskussion. Die Universität Lausanne hingegen verfügt bereits seit September 2000 über eine Professur und zwei Oberassistenten in Geschlechterstudien. Ihre Aufgabe ist es, die Gender Studies innerhalb der Sozial- und Geisteswissenschaften besser zu verankern. Ende 2004 soll auch am interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Genf eine ordentliche Professur für Geschlechterforschung eingerichtet werden. Ab Herbst 2005 wird voraussichtlich erstmals ein Bachelor-Studiengang in Gender Studies angeboten. Die Genfer Gender Studies bauen das Angebot in den Sozial-, Politik und Geisteswissenschaften aus, während die Universität Bern in Zusammenarbeit mit den Universitäten Freiburg und Neuenburg den

lebendige Auseinandersetzung mit Fragen feministischer Wissenschaft. Mit Stellungnahmen und Forderungen nimmt der Verein Einfluss auf die Wissenschaftspolitik und die Bildungs- und Forschungsinstitutionen. Bereits 1924 wurde der Verband der Akademikerinnen gegründet, dem verschiedene Regionale Verbände angehören. Sein Ziel ist es die wissenschaftliche und berufliche Tätigkeit der Frauen sowie den Erwerb höherer akademischer Qualifikationen zu fördern. Er ist Mitglied des Internationalen Verbandes der Akademikerinnen (IFUW). Daneben gibt es weitere Fach- und Berufsspezifische Frauenverbände.

¹³ Der Auftrag zur Lancierung eines Nationalen Forschungsprogramms (NFP) des Bundesrates an den SNF erfolgte 1991. In Folge der Ausschreibung wurden 100 Projekte eingereicht, von denen 24 berücksichtigt werden konnten. Nach dem Abschluss des Programms erschien im Jahre 2000 eine Publikation mit den erhobenen Daten und gewonnenen Erkenntnisse.

¹⁴ Diese Indikatoren beziehen sich auf folgende Themenbereiche: Bevölkerung, Gesundheit und Krankheit, Hausarbeit, Mutterschaftsurlaub, Kinderbetreuung, Erziehung und Ausbildung, berufliche Tätigkeit, wirtschaftliche Ressourcen, Wissenschaft und Forschung, Macht und Politik, Gewalt und Kriminalität.

¹⁵ SAGW Bulletin 2/1997, S. 11-24.

¹⁶ 1999 hat der SWTR (SWR) Empfehlungen bezüglich der Institutionalisierung von Gender Studies herausgegeben, als Resultat dreier Berichte über Frauenforschung in der Schweiz: Stand, Evaluierung von Forschung und Lehre, Bewertung der Tendenzen und Aussichten durch ausländische ExpertInnen.

Schwerpunkt klar auf Geschlechterstudien für den akademischen Nachwuchs in den Kultur- und Rechtswissenschaften setzt. Zudem wird in Bern weiterhin alle zwei Jahre ein Förderpreis für Geschlechterforschung vergeben, und es werden regelmässige Veranstaltungen im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung organisiert. Die Universität Luzern hat vor, die interdisziplinäre Lehre in Theologie, Geistes- und Rechtswissenschaften zu erweitern. Die Universität St. Gallen spezialisiert sich auf Gender und Organisation.

In den letzten Jahren sind also an den Universitäten "institutionalisierte Zentren" für Gender Studies entstanden. Gegenwärtig werden die Curricula in Gender Studies vertieft: Dabei geht es darum, entgegen der herkömmlichen Disziplinbildung die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlichen, medizinischen, natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen zu fördern. Zudem arbeiten universitäre Koordinationsstellen immer stärker mit Gender-Expertinnen aus dem In- und Ausland zusammen. Im April 2003 wurde beispielsweise von der Koordinationsstelle der Universität Zürich gemeinsam mit dem Frauenrat der Universität Konstanz die Tagung "Gender Studies zwischen Theorie und Praxis: Standortbestimmungen" durchgeführt.

2003 schlossen sich die verschiedenen Koordinationsstellen für Gender Studies an den Schweizer Universitäten formell in der „Kommission Gender Studies“, einer Subkommission der Konferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Schweizer Universitäten und Hochschulen (KOFRAH), zusammen. Damit ist der Prozess der Institutionalisierung noch nicht abgeschlossen: Im Auftrag der Universitätskonferenz erarbeitete die Kommission einen Vorschlag für den Ausbau der Lehre in der Schweiz. Es wird sowohl eine breite Institutionalisierung an allen Universitäten als auch eine je spezifische Profilbildung angestrebt. Im Rahmen der Neueingaben für projektgebundene Beiträge wurde auch ein Projekt zur Förderung der Gender Studies an den Schweizer Universitäten eingereicht. Die Entscheidung ist zur Zeit noch offen.

Im Bereich der Fachhochschulen werden ebenfalls spezifische Geschlechterstudien angeboten: Gender Studies als Nachdiplomstudium an der Hochschule für Gestaltung und Kunst in Zürich; Fachstelle für Gender Studies an der Züricher Fachhochschule; Gender Management an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

2.3 Graduiertenkollegs

Im Jahre 1998 wurde im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Zukunft Schweiz“ des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) die Einführung von Graduiertenkollegs als Pilotprojekt lanciert. Dies als Massnahme der Nachwuchsförderung. Es wurden 8 Graduiertenkollegs für jeweils drei Jahre bewilligt. Eines davon war dem Thema „Wissen – Gender – Professionalisierung / Geschlechterbeziehungen und soziale Ordnung“ gewidmet. Dieses Kolleg wurde mit zwei anderen evaluiert und in einem Bericht 2002 publiziert. Verbesserungsvorschläge wurden vorgebracht, die positiven Effekte hervorgehoben.

Nach 2000 sind auch im Rahmen der durch den Bund subventionierten Förderkategorien „projektgebundene Beiträge“ unter der Kategorie der Kooperations- und Innovationsprojekte diverse Graduiertenkollegien bzw. Ausbildungsangebote für Doktorierende errichtet worden.

Graduiertenprogramme werden an den Universitäten Genf und Lausanne als Nachdiplomprogramme angeboten: Zum einen können Doktorierende innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Genf einen Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung beantragen. Zum anderen bieten die Universitäten Genf und Lausanne gemeinsam ein Diplôme d'Etudes Approfondies DEA in Gender Studies an. Es handelt sich um ein interdisziplinäres Nachdiplomstudium, das von je einer Professur in Genf und Lausanne betreut wird. Ab Herbst 2004 soll dieses Nachdiplom als MA angeboten werden. Zudem wurde an der Universität Genf eine zweieinhalbjährige Gender Studies-Weiterbildung konzipiert.

Die Universitäten Basel, Bern/Fribourg, Genf/Lausanne, sowie Zürich führen seit April 2002 je ein Graduiertenkolleg im Bereich der Gender Studies durch. Die vier untereinander ver-

netzten Graduiertenkollegien bieten einen für die Schweiz bisher wenig üblichen Betreuungs- und Arbeitszusammenhang für Doktorierende und Habilitierende: Es sind auf drei Jahre angelegte, interdisziplinär ausgerichtete Netzwerke, die auf lokaler wie auch nationaler Ebene verschiedene Veranstaltungen anbieten, die den Dissertationsprozess unterstützend begleiten. Getragen und finanziert wird dieses gesamtschweizerische Netzwerk von der Schweizerischen Universitätskonferenz in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Universitäten im Rahmen der sogenannten projektgebundenen Gelder, die alle vier Jahre neu gesprochen werden.

In der bereits erwähnten Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004-2007 hat der Bundesrat den SNF mit der Aufgabe betraut, bis Ende 2007 insgesamt 14 Graduiertenkollegs (mit jeweils rund 15 Stipendien für je 3 Jahre) zu errichten, wobei diese Massnahme (jährlich zirka 10 Mio. Franken) vorerst den Geistes- und Sozialwissenschaften zugute kommen und eine Frauenquote von 40 % angestrebt werden soll.

2.4 Networking

Networking wird in verschiedenen Bereichen und auf mehreren Ebenen getätigt. Dies kann in Rahmen eines Programms wie des Chancengleichheitsprogramms aber auch des Marie-Heim-Vögtlin Stipendiums sein, wo die Wiedereinsteigerinnen auf ein Netzwerk zurückgreifen können. Der Gender Campus (www.gendercampus.ch) versammelt die wichtigen Informationen zum Thema und trägt zum Austausch bei. Die Expertinnendatenbank Femdat stellt eine wichtige Datenquelle zur themenspezifischen Vernetzung dar. Das Graduiertenkolleg „Gender Studies“ schliesst auch ein Networkingprogramm zwischen den Studierenden aber auch zu den Expertinnen ein. Daneben gibt es zahlreiche Interessensgruppen, die als Verband, Verein oder als Mailingliste von Interessensgruppen bestehen bei denen Vernetzung, wenn auch mit unterschiedlichem Institutionalisierungsgrad aktiv betrieben wird. Veranstaltungen von Fachgruppen mit Expertinnen zu spezifischen Themen finden regelmässig statt. Anhang C) enthält die wichtigsten Netzwerk-Adressen.

2.5 Monitoring and Evaluation

Ein systematisches Monitoring wurde in den letzten Jahren bei fast allen erwähnten Massnahmen eingeführt. Die Überprüfung der Wirksamkeit der eingeleiteten Massnahmen wird seitens der Politik wie auch der Verwaltung in den letzten Jahren systematisch verlangt. Der Evaluationsbericht¹⁷ für das Bundesprogramm Chancengleichheit an den Universitäten hat wichtige Hinweise gebracht, die auch für andere Bereiche und Programme hilfreich sein werden. Er hat auf Mängel in der Statistik hingewiesen und empfohlen, diese in der zweiten Phase des Projekts zu beheben. Damit kann das Monitoring verfeinert und können Veränderungen besser ausgewertet werden. Die Empfehlungen haben auch dazu geführt, dass das Bundesamt für Statistik im Bereich tertiäre Bildung die Erfassung von geschlechtersegregierten Daten verfeinern konnte.

Ebenso werden die Universitäten angehalten, die Daten in Zukunft geschlechtersegregiert zu erfassen. Die SUK, das gemeinsame Organ von Bund und Kantonen für die universitätspolitische Zusammenarbeit, soll ein nationales Chancengleichheits-Controlling entwickeln und implementieren. Die Kantone werden zudem aufgefordert, Gleichstellungsziele in den Leistungsverträgen mit den Universitäten aufzunehmen.

¹⁷ Evaluation Bundesprogramm Chancengleichheit von Frau und Mann an Universitäten. Bericht zu Umsetzung und Wirkungen des Programms 2000 bis 2003, Bern November 2003, www.crus.ch - Projekt Chancengleichheit. Der Bericht will damit auch die Basis für die geplante Schlussevaluation legen, d.h. die Untersuchung der Wirkung in umfassender Weise.

Ebenso erfasst der Schweizerische Nationalfonds für Forschungsförderung für jede Massnahme detaillierte, geschlechtersegregierte Daten (Monitoring). Die wichtigsten Statistiken werden im Internet publiziert. Die Daten werden laufend ausgewertet. Im Vergleich mit Modellstudien im Ausland werden die Gründe für den Abbruch einer wissenschaftlichen Laufbahn der Frauen analysiert. Ob die bisher eingeleiteten Massnahmen greifen, kann aufgrund der kurzen Dauer nicht wirklich beurteilt werden. Ein leichtes aber nicht signifikantes Ansteigen des Frauenanteils ist bemerkbar. Hinsichtlich der Beiträge an fortgeschrittene Forschende könnte dies eventuell auf die Aufhebung der Alterslimite für Stipendiatinnen zurückzuführen sein.

3. Privatwirtschaft

Der Anteil der Forscherinnen in der schweizerischen Privatwirtschaft liegt gemäss einer Studie des Bundesamtes für Statistik bei 16.5 % (siehe Anhang A, Grafik 5). Zwei grosse Unternehmen geben die Anzahl der Frauen in der Forschung mit rund 36% an.¹⁸ Im Kader beträgt der Frauenanteil in diesen Unternehmen noch zirka 8 %. Die Erfassung des Frauenanteils ist seitens der offiziellen Statistik nicht so differenziert wie an den Hochschulen.

Nach Schätzungen verdienen Frauen in der Privatwirtschaft über 20 % weniger als Männer in der gleichen Position. Es gibt einzelne Unternehmen, die Chancengleichheit thematisieren. Besonders die grossen Chemie- und Pharmaunternehmen, die auch auf intakte und innovative Forschungsteams angewiesen sind, legen grossen Wert auf Gleichstellung von Frau und Mann. Ausserdem sind sie auch bestrebt, den Frauenanteil auf Management Stufe und im Forschungsbereich zu vergrössern. Im Raum Basel besteht in Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und Universität ein Cross-Mentoring-Programm „Women into industry“, das sehr guten Anklang findet. Als weiteres Beispiel einer good practice ist ein „Wiedereinsteigerinnen-Programm“ zu nennen.

4. Zukünftige Entwicklung

Die genannten Massnahmen zur Gleichstellung der Frauen im Bereich von Wissenschaft und Forschung konnten in den meisten der betroffenen Bereiche erfolgreich umgesetzt werden. Die Frauen konnten auch dank der beschlossenen Programme ihre Partizipation verbessern. Das Bewusstsein für Fragen der Chancengleichheit ist auf einigen Ebenen angewachsen. Bis Ende 2007 werden die meisten der genannten Förderprogramme weiter geführt werden. Es ist zu hoffen, dass trotz stagnierender oder gar reduzierter finanzieller Mittel das Engagement der Verantwortlichen nicht zurück gehen wird und dass im Bereich Chancengleichheit die Bemühungen zur Verbesserung der Beteiligung der Frauen anhalten. Besonders der Tendenz des abnehmenden Frauenanteils nach dem Studienabschluss an den Hochschulen (siehe Anhang A, Grafik 4) soll mit Mentoringprojekten im Rahmen des Forschungsprogramms Chancengleichheit entgegen gewirkt werden.

Auch ist zu hoffen, dass es möglich sein wird, die Massnahmen nach Ablauf der Förderprogramme in den regulären Aufgabenbereich und Betrieb der Hochschulen zu integrieren. Dazu ist es nach wie vor notwendig den Sensibilisierungsprozess auch in den Entscheidungsgremien weiter zu führen.

¹⁸ Dies im Hinblick auf das gesamte Personal, was im Durchschnitt in den Schweizer Unternehmen mit 19.8 % angegeben wird (Bundesamt für Statistik, Auf dem Weg zur Gleichstellung, 2003:33);

Verschiedene neuere Studien schlagen zusätzliche Massnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit vor. Im Rahmen einer Untersuchung zur Motivation der Studienwahl wurden Empfehlungen erarbeitet, um das Interesse der Frauen besonders auf die technischen und mathematischen Fächer zu lenken.¹⁹ Dazu gehört eine gezieltere Studieninformation für künftige Studentinnen, ein Mentoring als Unterstützungsstruktur und Netzwerke sowie die multidimensionale Interventionen, indem die Förderung von Frauen mit innovativen Projekten verbunden wird.²⁰

Der Frauenanteil in Bildung und Forschung wird gemäss der Tendenz und den Prognosen in den kommenden Jahren leicht steigen. (siehe Anhang A, Grafik 8). Die Autorinnen des Statistikberichts Frauen und Wissenschaft in der Schweiz sind überzeugt, dass in Zukunft die Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft eine aktivere Rolle übernehmen werden. Den Frauen komme auch im Hinblick auf die Entwicklung der Wissensgesellschaft eine substantielle Rolle zu.²¹ Damit sie diese in einer gleichberechtigten Art und Weise wahrnehmen können, werden im Bereich der Chancengleichheit noch während einiger Zeit besondere Massnahmen notwendig sein.

¹⁹ z.B. im Bereich der technischen und naturwissenschaftlichen Studien: Gilbert, Anne-Françoise 2003, Observatoire EPFL

²⁰ dito, p. IX

²¹ Bundesamt für Statistik, Frauen und Wissenschaft in der Schweiz, 2003:3

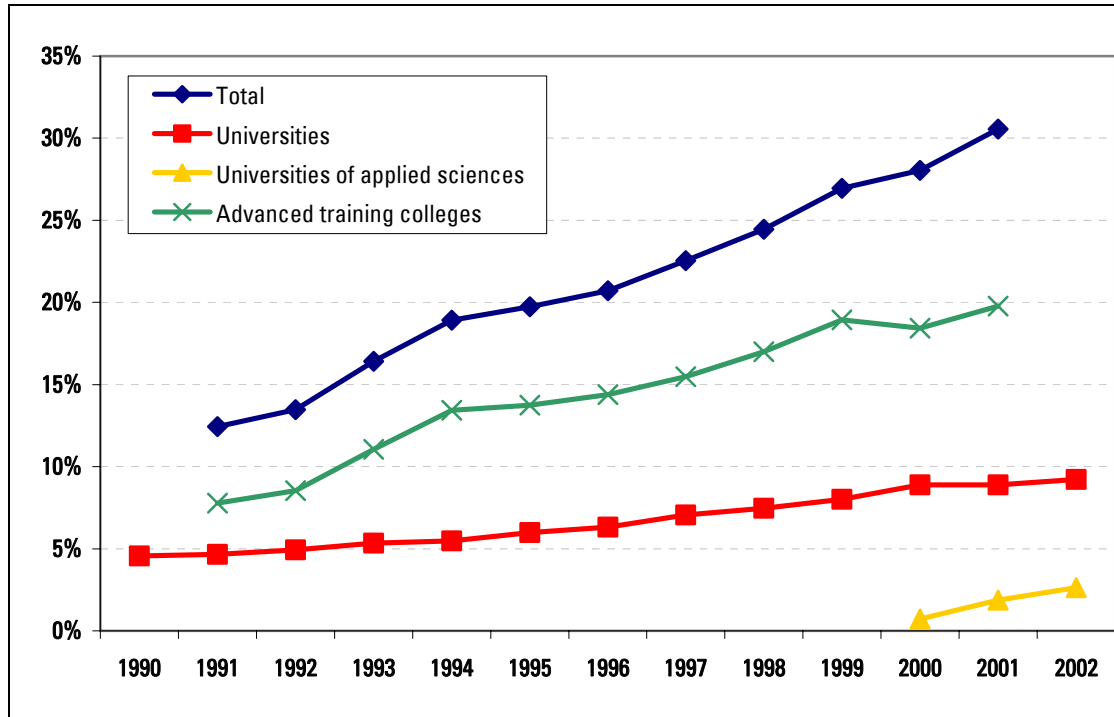
Literatur (Auswahl)

- Abteilung für die Gleichstellung von Frauen und Männern der Universität Bern, Bericht 1995-2000, Bern, 2001
- Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Technologie in den Jahren 2004-2007, vom 29. Nov. 2002 (<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2003/2363.pdf>)
- Bundesamt für Statistik, Frauen und Wissenschaft in der Schweiz: Zwei Perspektiven 2001/2002 (Bundesamt für Statistik und Observatoire Science der Eidg. Technischen Hochschule Lausanne), Dezember 2003
- Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Auf dem Weg zur Gleichstellung? Frauen und Männer in der Schweiz, Dritter statistischer Bericht, BFS, 2003
- Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Erster und zweiter Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), Bern, Dezember 2001
- Eidg. Kommission für Frauenfragen, Viel erreicht – wenig verändert? Zur Situation der Frauen in der Schweiz, Bericht, Bern Juni 1995
- Gilbert, Anne-Françoise, Fabienne Crettaz de Roten & Alvarez Elvita, Promotion des femmes dans les formations supérieures techniques et scientifiques. Rapport de recherche et recommandations, Observatoire EPFL Science, Politique et Société, avril 2003
- GRIPS Gender, Schlussbericht. Empfehlungen zur Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft und zur Förderung von Gender Studies Bern, 2001 (www.snf.ch/de/wom)
- OECD, Tertiary Education in Switzerland. Reviews of National Policies for Education, Paris 2003
- Page, Juli, Regula Julia Leemann (Hg.), Karriere von Akademikerinnen. Bedeutung des Mentoring als Instrument der Nachwuchsförderung, Bern, 2000, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, BBW-Schriftenreihe 2000/1d
- Schweizerische Universitätskonferenz (Hg.), Evaluation Bundesprogramm „Chancengleichheit“ von Frau und Mann an Universitäten 2000-2003. Umsetzung und Wirkung des Programms, Bern 2004 (www.cus.ch)

Hinweise auf weitere Literatur siehe auch Anhang D) **Swiss links**

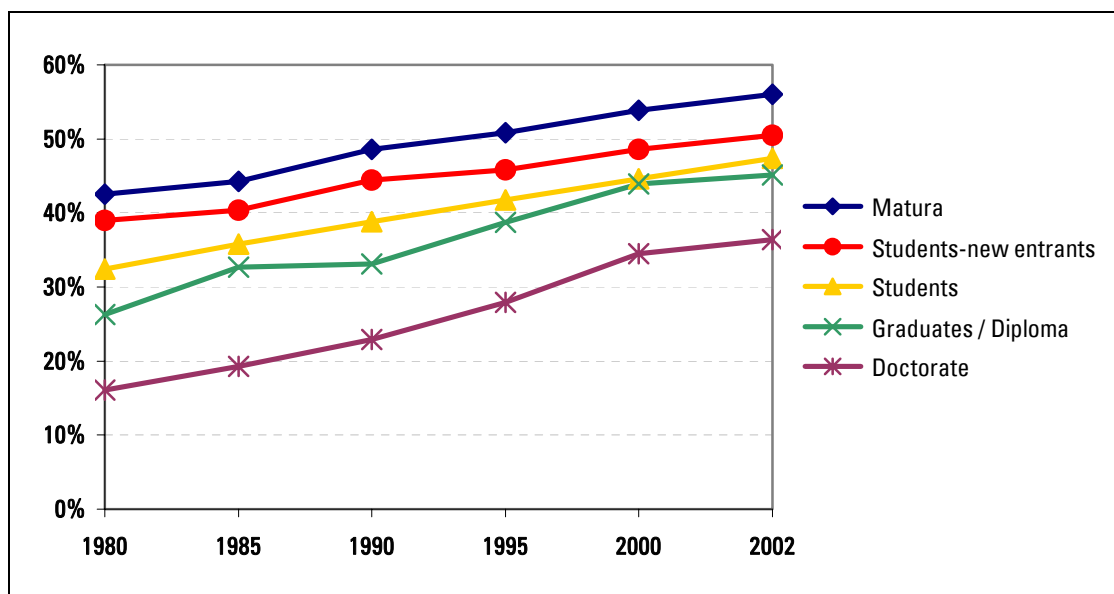
Figures

Fig. 1 Percentage of women graduates in the Swiss population, 1990-2002



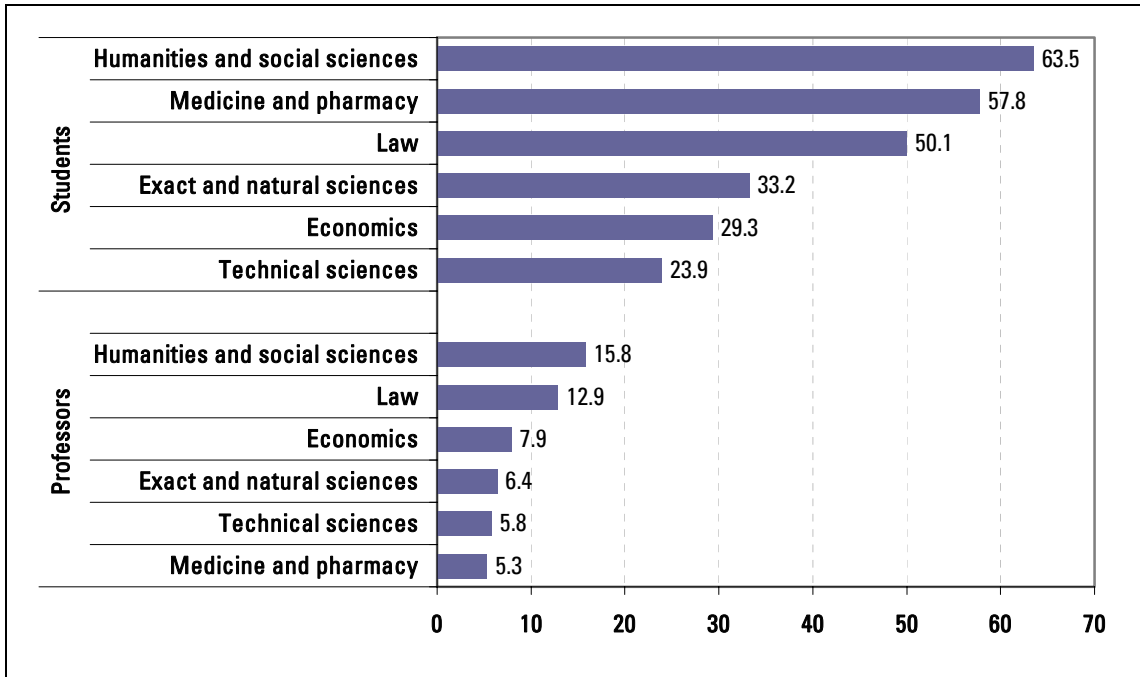
Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 2 Percentage of women at universities



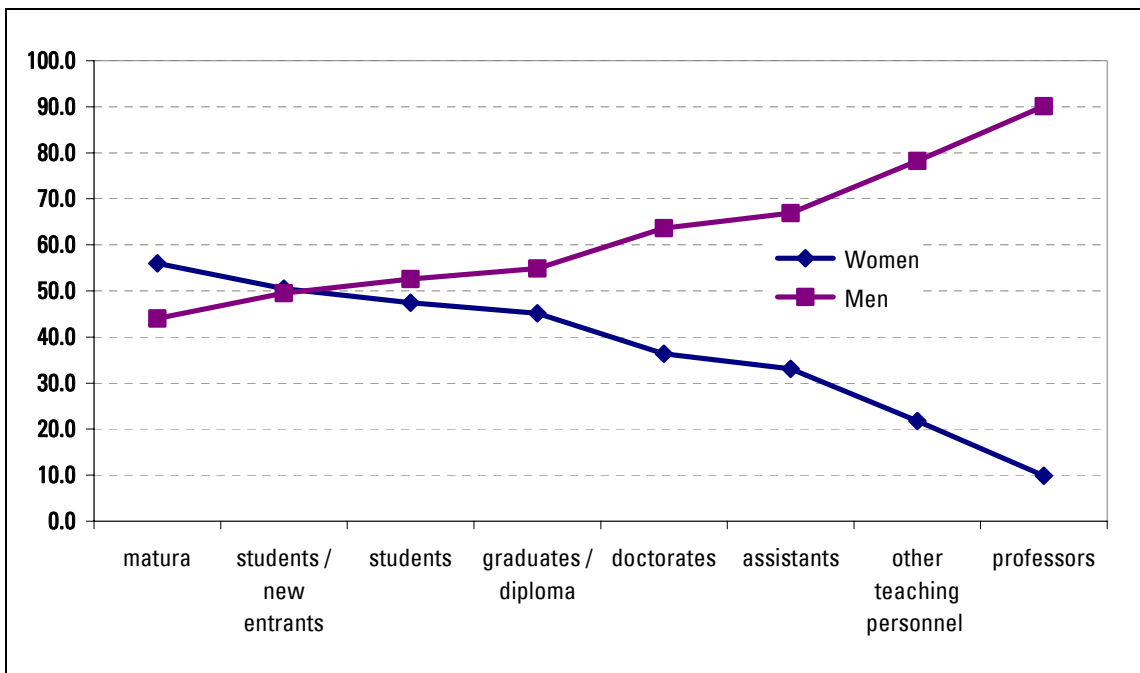
Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 3 Percentage of women students and professors by field of study, 2000
(in % of the total of the categories by field of studies)



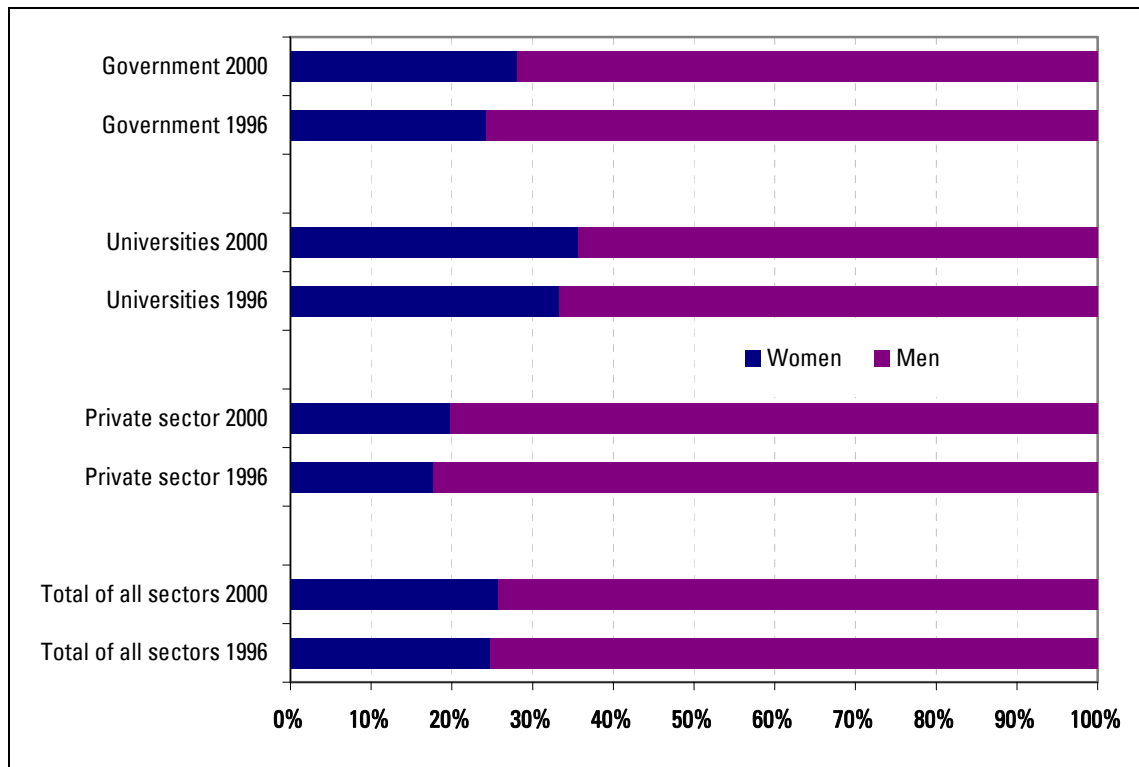
Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 4 Leaky pipeline: university careers in Switzerland by level and gender, 2002



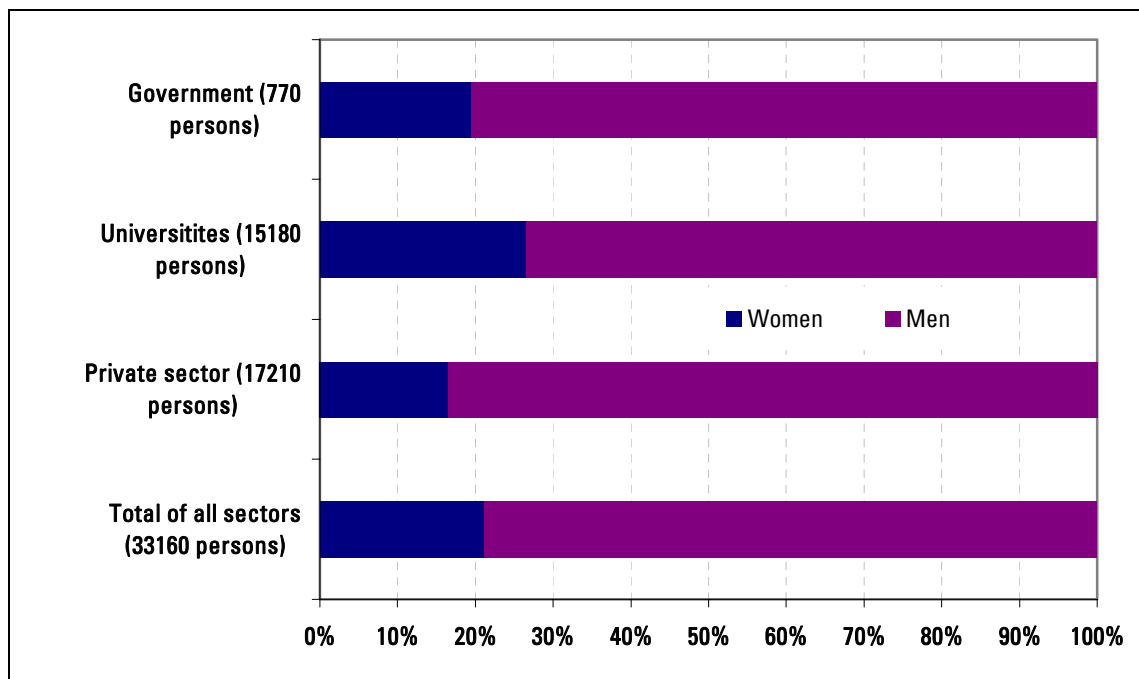
Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 5a) R&D personnel in Switzerland by sector and gender, 1996/2000



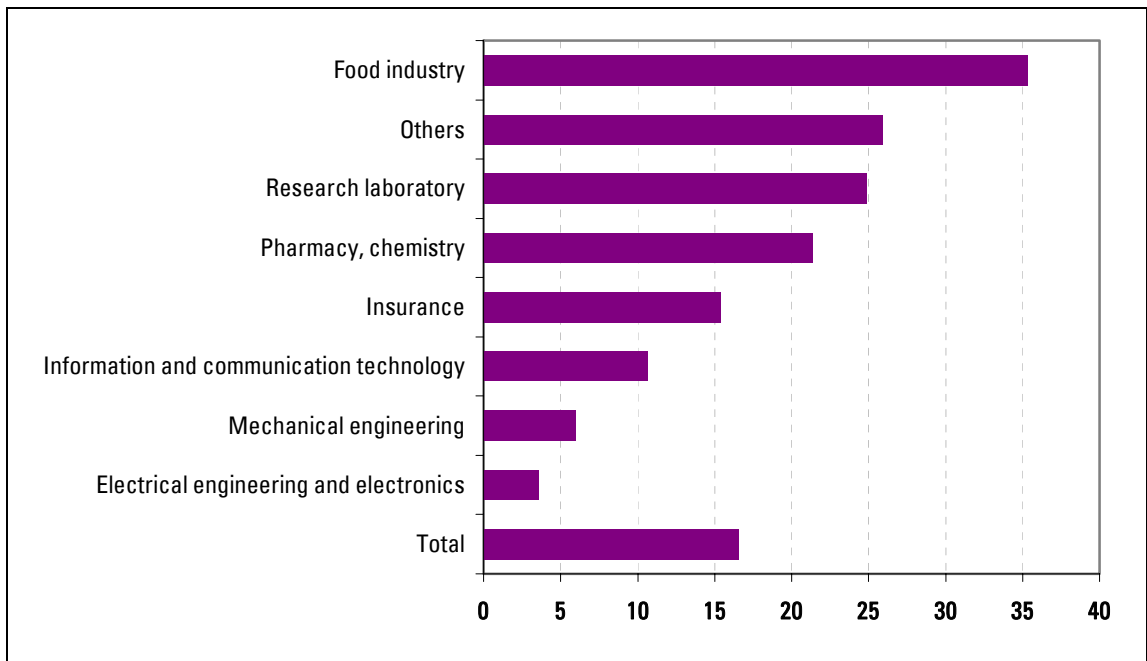
Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 5b) Researchers in Switzerland by sector and gender, 2000



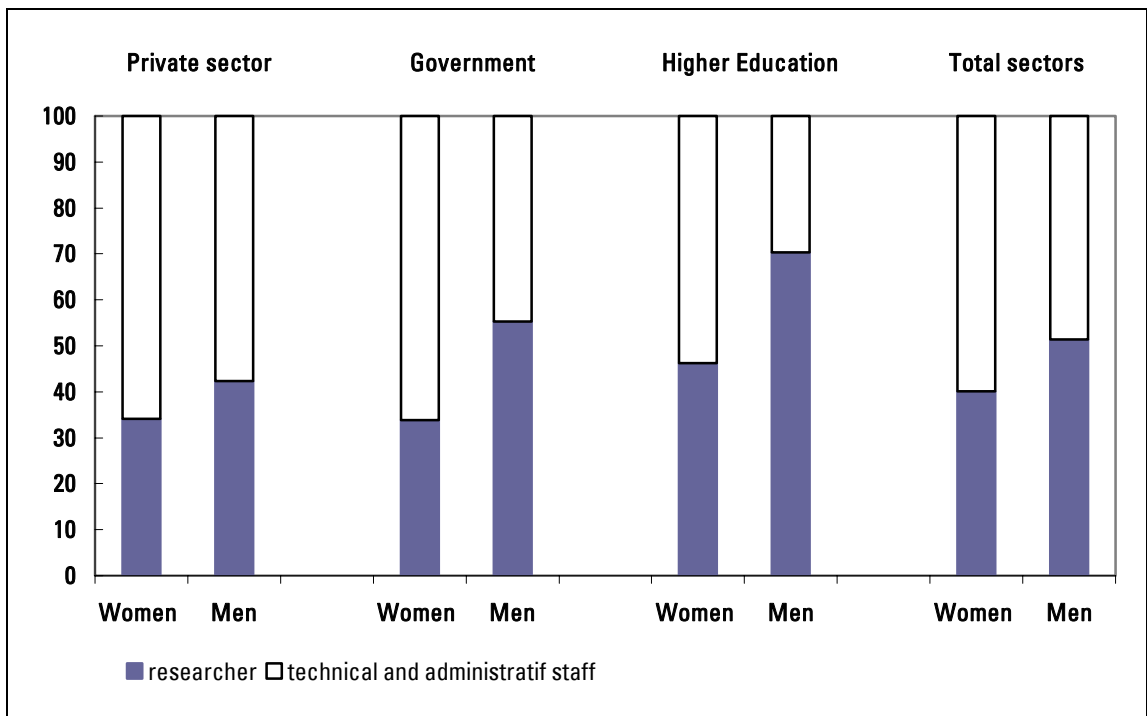
Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 6 Percentage of women researchers by economic field, 2000



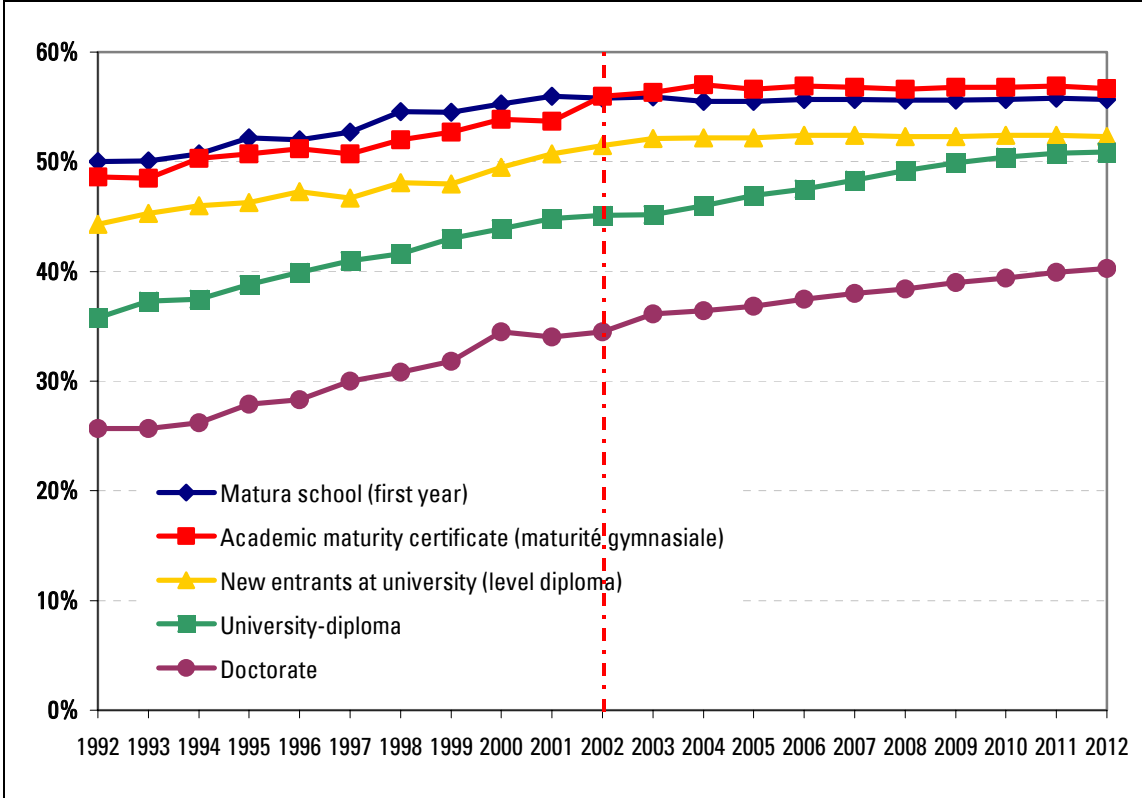
Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 7 Distribution of R & D personnel across occupations by sector and gender, 2000 (in % of the total by gender and by sector,)



Source: Swiss Federal Statistical Office

Fig. 8 Percentage of women by level of education 1992-2002;
scenario 2003-2012



Source: Swiss Federal Statistical Office

National Programmes and Initiatives in the Area of Women and Science in Switzerland

Anhang B)

Title	Description	Funding	Website and Contact
Federal Equal Opportunity Programme 2000-2003 and 2004-2007: 3 Modules	Promotion of equal opportunity of women and men at universities, 3 Modules	Joint funding from the Confederation and universities (participating universities supply 50% of funding); credit control by the Federal Office for Education and Science OES; programme responsibility of the Swiss University Conference SUC; evaluation of the programmes by Interface Lucerne, and/or the University of Geneva and sfinx Bern.	www.cus.ch Gabriela Obexer-Ruff info: nadja.jungo@cus.ch
Module 1: Incentives	Financial incentives for universities to promote the hiring of women professors	Federal funds	www.cus.ch Gabriela Obexer-Ruff info: nadja.jungo@cus.ch
Module 2: Mentoring	Allocation of direct funding to the universities and allocation of funds for mentoring projects (competitive)	Federal funds Swiss Confederation and universities (as a rule 50% each)	www.cus.ch Gabriela Obexer-Ruff info: nadja.jungo@cus.ch
Module 3: Child Care	Allocation of direct funding for improving child care and direct funds for child care projects (competitive)	Federal funds Swiss Confederation and universities (as a rule 50% each)	www.cus.ch Gabriela Obexer-Ruff info: nadja.jungo@cus.ch

Title	Description	Funding	Website and Contact
Swiss National Science Foundation	Individual promotion instrument with specific measures to increase the proportion of women in scientific research in Switzerland		
Marie Heim-Vögtlin Programme	Promotions programme for women resuming their scientific career; Since 2003 additional child care benefits and networking	Swiss National Science Foundation (Federal funds)	www.snf.ch Jean-Bernard Weber jbweber@snf.ch
SNSF Professorships	Promotion programme with a 30% (1999-2003) resp. 40% (2004-2007) quote goal for women depending on the call for proposals	Swiss National Science Foundation (Federal funds)	www.snf.ch Jean-Bernard Weber jbweber@snf.ch
National Research Programs/ National Centers of Competence in Research NRP/NCCR	One of the goals of the programme: "Support of talented young doctoral and post-doctoral candidates and improving the career chances of women in research"; each NCCR is responsible for the promotion of women in its own area, monitored by the SNSF.	Swiss National Science Foundation (Federal funds)	www.snf.ch - Stefan Bachman sbachmann@snf.ch
Fellowships for promising young researchers and for experienced researchers	Elimination of the age limit for women to the end 2005 (limited measure).	Swiss National Science Foundation (Federal funds)	www.snf.ch Jean-Bernard Weber jbweber@snf.ch
Project: Cooperation Project Gender Studies Switzerland: complementary to priorities at Swiss universities	Promotion of gender studies in Switzerland: Institutionalisation and teaching at the universities; Expansion and network building at the established Gender Studies Centres. Programme concept developed by KOFRAH/CODEFUHES - www.genderstudies.ch currently under evaluation.	Federal funds requested	Andrea Maihofer: andrea.maihofer@unibas.ch Gaël Pannatier: info-liege@iscm.unil.ch Brigitte Schnegg brigitte.schnegg@izfg.unibe.ch

Source: Swiss National Science Foundation, 27.10.2003 /Sb

Networks in Switzerland

Anhang C)

Network Name	Country (of 'HQ')	Contact person	Contact email	Network website	Scientific discipline (or multi-disciplinary)
Femdat - The first comprehensive Swiss online-database of women scientists and experts	Switzerland	Ms Franziska Scheidegger	femdat@afg.unibe.ch	www.femdat.ch	All
College of Graduates in Gender Studies	Switzerland	Ms Lilian Fankhauser	lilian.fankhauser@izfg.unibe.ch	www.gendercampus.ch (E-Networking project)	Gender Studies
Mailing list for female doctorate candidates at the University of Basel	Switzerland	Ms Gesine Fuchs	fuchs_waehren@datacomm.ch		All
Equal - Electronic mailing-list for women of ETH Zurich	Switzerland	Ms Brigitte Manzbrunner	equal@lists.inf.ethz.ch	www.lists.inf.ethz.ch/mailman/listinfo/equal	Natural Sciences, Engineering, All
Liege - Swiss Universities' laboratory for Gender Studies	Switzerland	Ms Gaël Pannatier	info-liege@iscm.unil.ch	http://www.unil.ch/liege/etudesgenre	Gender Studies
Femwiss - Swiss Association for Feminist Science	Switzerland	Ms Ursula Lipecki	femwiss@femwiss.ch	www.femwiss.ch	All
Unifemmes - Swiss Association of Female University Graduates	Switzerland	Ms Anne Banateanu	banateanu@hotmail.com	www.unifemmes.ch	All
P.A.F. - Planung, Architektur, Frauen	Switzerland		paf@goodlinks.ch	www.goodlinks.ch/paf	Architecture
SVIN - Swiss Association of Women Engineers	Switzerland		info@svin.ch	www.svin.ch	Engineering
Frauenplanenbauen	Switzerland	Ms Gisela Vollmer	gisela.vollmer@raumplanerin.ch	www.frauenplanenbauen.ch (E-Networking project on www.gendercampus.ch)	Art, Architecture, Constructing

Network Name	Country (of 'HQ')	Contact person	Contact email	Network website	Scientific discipline (or multi-disciplinary)
IZFG - Interdisciplinary Centre for Women and Gender Studies at the University of Berne And: Center of Competence Gender Studies at the University of Zurich	Switzerland	Ms Lilian Fankhauser And: Ms Elisabeth Maurer	lilian.fankhauser@izfg.unibe.ch frauenst@zuv.unizh.ch	www.izfg.unibe.ch www.genderstudies.unizh.ch	Gender Studies
Swiss Society for Women and Gender Studies	Switzerland	Ms Regina Wecker	regina.wecker@unibas.ch		Gender Studies
Verein Pro FRI - Swiss Feminist Institute of Law	Switzerland	Ms Zita Küng	info@profri.ch	www.profri.ch	Law
VSA - Association of Swiss Women Physicians	Switzerland	Ms Luzia Schneider	luzia.schneider@hin.ch		Medicine
Mentoring projects in different disciplines of the German, French and Italian speaking parts of Switzerland	Switzerland	Ms Sibylle Drack	sibylle.drack@afg.unibe.ch	www.mentoring.unibe.ch links to mentoring projects in the German, French and Italian speaking parts of Switzerland	All
FFU FachFrauen Umwelt - Network for Women in ecology related jobs	Switzerland	Ms Sandra Gloor	info@ffu.ch	www.ffu.ch	Ecology

Information on the Conference of Equality Officers at Swiss Universities under www.equal.ethz.ch/html/links_frameset.htm

Swiss Links

Gender Campus: An information and communication platform for gender studies and gender equality: www.gendercampus.ch

The site provides information for those interested in gender studies as well as gender equality related questions. It is also meant to be a platform for anyone who is planning an event, has published a book or wants to launch a research project on gender issues, who is looking for a collaborator familiar with the topics of gender studies or has any other request or intention related to gender research, which she/he wants to communicate to the gender interested community. In addition to the three informative sections dedicated to Gender Campus, Gender Studies, and Gender Equality, Gender Campus Switzerland also includes a dynamic area dealing with virtual courses in gender studies and internal communication regarding gender projects. Gender Campus Switzerland is a project resulting from the collaboration of the "Interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung, IZFG" (centre for interdisciplinary studies on women and gender), the University of Bern, and the Berner Fachhochschule (higher vocational school of Bern).

Languages: German, French, Italian, English

Femdat: Swiss Database of women experts: <http://www.femdat.ch/>

Femdat is a comprehensive Swiss database of women scientists and experts from various fields. Femdat makes it quick and easy to find and contact women experts working in the fields of science, trade and industry among others. Each expert can be selected according to subject, specialist area, training, experience, language and many other criteria. Femdat is a service for everyone who is looking for women with expertise in a particular field. Universities, Universities of Applied Sciences, research institutes, companies, committees, the press, administrative authorities and other institutes as well as private persons looking for women experts will achieve their objectives quickly and easily. The use of Femdat is free of charge. Every woman who has a university or college degree, or has extensive experience in a particular field, can enter her name and details in Femdat free of charge.

Languages: German, French, English

Federal Gender Equality Programme for Universities 2000–2003 and 2004–2007:

http://www.cus.ch/De/D_Projekte/D_Projekte_Chance/Projekte_Chance1.html

In 1999, the Swiss government devoted 16 million Swiss francs to the support of gender equality at Swiss universities. The programme's stated goal is to double the proportion of female professors from 7% (in 1998) to 14% by 2006. For the implementation of the programme, specific measures in a number of areas were necessary. The federal programme divides these areas into three modules:

Module 1- Incentive System: The 1.35 million Swiss francs per annum provided by the federal government for this area are distributed to the universities at the end of each academic year according to the number of newly hired ordinaria (full) and extraordinaria (associate) female professors.

Module 2- Mentoring: It divides up the 4.8 million Swiss francs assigned to this module into financing for projects as well as basic contributions. 32 mentoring projects were accepted by

the steering committee. The universities and their partner institutions (where this applies) are matching the 2.8 million francs from the federal government.

Module 3- Childcare: This module aims to institutionalize daycare facilities at each of the universities and/or to expand existing structures to meet existing need. As in the case of module 2, the money (4.8 million Swiss francs) for module 3 was shared among projects and basic contributions.

Languages: German, French

Federal Programme for Equal Opportunities at Universities of Applied Science 2000–2003 and 2004-2007:

<http://www.bbt.admin.ch/fachhoch/dossiers/chancen/d/index.htm>

The under-representation of women in education and research is a loss for education, the economy and society, and a waste of resources. Raising awareness of equal opportunity issues is therefore an important aim of the Swiss federal policy on Universities of Applied Sciences. The UAS, in accordance with Article 11, objective 11 of the federal ordinance on Universities of Applied Sciences, are required to take measures to promote gender equality and raise the proportion of women in their institution. As part of a Federal Office for Professional Education and Technology (OPET) mandate, an expert group developed an action plan (PDF [PDF] 197KB / German or French); CHF 10 million have been set aside for its implementation, which must be completed by 2003. The OPET has one person, who deals with equal opportunity issues. An advisory board has also been created to evaluate project submissions.

Swiss Conference of Gender Equality Delegates: <http://www.equality.ch/>

On this site you find a list with over 400 links connecting with gender-relevant web-sites and homepages of institutions in the equality field (French and German).

The Swiss Conference of Gender Equality Delegates brings together federal, cantonal and communal equality offices; the Principality of Liechtenstein's Office for Equality between Women and Men enjoys observer

status. The Conference supports, coordinates, plans and implements activities of national scope. It takes a hand in shaping public opinion and influences federal legislation with the aim of incorporating viewpoints specific to

women and gender equality concerns in order to achieve a sustainable, coherent policy on equal opportunities.

Languages: German and French.

The Swiss Federal Office for Equality between Women and Men: <http://www.equality-office.ch/>

The Federal Office for Equality between Women and Men was set up by the Swiss Federal Council in 1988 and is currently part of the Federal Department of the Interior. The Equal Rights article in the Swiss Constitution and the Law on Equality between Women and Men form the basis of our mandate - a comprehensive task that can be stated in simple terms: promoting equality between women and men in all areas of life and eliminating all forms of direct and indirect discrimination. The Secretariat of the Federal Commission for Women's Issues is affiliated with the Swiss Federal Office for Equality between Women and Men .

Languages: German, French, Italian and English.

Swiss Publications

LEEMANN, REGULA JULIA, Chancenungleichheiten im Wissenschaftssystem. Wie Geschlecht und soziale Herkunft Karrieren beeinflussen, Zürich, 2002.

Although women participation in higher education has improved during the last decades, they are still considerably underrepresented in high positions within the scientific labour market. For young people from a lower social background even the possibility to graduate is limited. There is little knowledge concerning their career as raising generation in the scientific community.

This publication focuses on the question of inequality in scientific career patterns. It treats questions concerning the differences between female and male as well as the relation between class and gender. An other focus lies on the investigation of the influence of different disciplines on academic careers of women and men. .

Language: German

LEEMANN, REGULA JULIA, Transitions into research careers in Switzerland, in: *Education and Training* 44, 4/5, 186-198, 2002.

SNF, Schlussbericht von GRIPS Gender: Empfehlungen zur Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft und zur Förderung von Gender Studies, Bern, 2001.

At the beginning of 2001, the Swiss National Science Foundation entrusted a "groupe de réflexion", composed of both internal and external experts, with the analysis of gender-relevant problems in SNF research support and the presentation of recommendations for any measures to be taken in this respect.

As PDF-File in French or German on http://www.snf.ch/en/wom/wom_enc.asp

BARBEN , MARIE-LOUISE / RYTER, ELISABETH, Mehr Dozentinnen an die Fachhochschulen! - Empfehlungen und Handlungsvorschläge, Bern, 2003.

The Federal Office for Professional Education and Technology has entrusted a study on the subject, how to face the underrepresentation of female teachers at the Swiss universities of applied science.

As PDF-File in French or German on <http://www.bbt.admin.ch/fachhoch/dossiers/chancen/d/index.htm>

MICHEL, CHRISTINE / BIERI, SABIN / IMBODEN, NATALIE / SEITH, CORINNA, ed., Hochschulreform, Macht, Geschlecht. Aktuelle Reformprozesse an Hochschulen aus feministischer Sicht, Schriftenreihe BBW 2003 / 2d, Bern, 2003.

This publication gives an overview on the conference organised by the 'Association Suisse Femmes Féminisme

Recherche' on march 24th 2002 on 'reform processes in higher education, authority, gender'. The system of higher education in Switzerland is suffering a stratified reform process, e.g. more autonomy of the cantonal university, increasing incentive-oriented financial support by the Swiss government to the cantonal universities, the creation of universities of applied science and the implementation of the Bologna-Declaration. In this process the explicit effect on gender equality in higher education has barely been taken into account. The conference

focused on the integration of the gender-perspective into the ongoing change of structure or else its consideration as a steering instrument.

MEYER, THOMAS/ NYFFELER, BETTINA, Akademische Nachwuchsförderung im Spannungsfeld zwischen Beruf und Berufung – Sondermassnahmen des Bundes zur Förderung des akademischen Nachwuchses an den schweizerischen Hochschulen – Bericht zur qualitativen Befragung 2000, BBW-Schriftenreihe 2001 / 4d, Bern 2001.

This report gives a qualitative view on the results of the evaluation of the specific measures taken by the Swiss government to promote academic careers. This qualitative indepth view reflects the diversity of individual and gendered career patterns and situations during their promotion.

Language: German – link: <http://www.bbw.admin.ch/html/pages/bildung/nachwuchs-d.html>
(Evaluationsbericht 2001)

French – link: <http://www.bbw.admin.ch/html/pages/bildung/nachwuchs-f.html>
(rapport d'évaluation 2001)

PAGE, JULIE/ LEEMANN, JULIA REGULA, ed., Karriere von Akademikerinnen – Bedeutung des Mentoring als Instrument der Nachwuchsförderung, BBW-Schriftenreihe 2000 / 1d, Bern 2000.

This publication gives an overview on the conference held on march 27th 1999 at the University of Zurich on the topic ‚female academics and career – the importance of mentoring as an instrument to promote academic career‘. It shows the complex possibilities and the importance that mentoring has as an instrument to reach gender equality in higher education. It also shows that mentoring is just one instrument among others.

Language: German (partially in French)

The Swiss Federal Statistics Office publishes yearly gendersegregated statistic in the sector education and higher education in the series 'Statistik der Schweiz'.

Languages: German, French, Italian

German – link to this data: http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber15/dber15.htm

French – link to this data: http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber15/fber15.htm

Italian – link to this data (partial): http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber15/iber15.htm

English – link to this data (partial): http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber15/eber15.htm
